

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Innen- und Rechtsausschuss

16. WP - 101. Sitzung

am Mittwoch, dem 29. April 2009, 14:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Werner Kalinka (CDU)	Vorsitzender
Tobias Koch (CDU)	
Peter Lehnert (CDU)	
Ursula Sassen (CDU)	
Wilfried Wengler (CDU)	
Peter Eichstädt (SPD)	
Thomas Hölck (SPD)	
Klaus-Peter Puls (SPD)	
Ingrid Franzen (SPD)	i. V. von Thomas Rother
Wolfgang Kubicki (FDP)	
Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	i. V. von Karl-Martin Hentschel

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Wahlgesetzes für den Landtag von Schleswig-Holstein (Landeswahlgesetz - LWahlG)	5
Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/2152	
b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Wahlen in den Gemeinden und Kreisen in Schleswig-Holstein (Gemeinde- und Kreiswahlgesetz - GKWG -)	
Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/2201	
c) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften	
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP Drucksache 16/2261	
Änderungsantrag der Fraktion der FDP Umdruck 16/3617	
2. Entwurf eines Gesetzes zum Zwölften Rundfunkänderungsstaatsvertrag	7
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/2406	
3. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesentwicklungsgrundsätzegesetzes	8
Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/2302	

- | | |
|---|-----------|
| 4. Aufhebung des Runderlasses zum Landesentwicklungsplan | 9 |
| Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2483 | |
| 5. Antrag auf Durchführung eines Volksbegehrens der Initiative für die Erhaltung der Realschule - Entscheidung über die Zulässigkeit | 10 |
| Umdruck 16/4198 | |
| 6. Terminplanung für das zweite Halbjahr 2009 | 11 |
| Umdruck 16/4200 | |
| 7. Verschiedenes | 12 |

Der Vorsitzende, Abg. Kalinka, eröffnet die Sitzung um 14 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratuliert der Vorsitzende, Abg. Kalinka, RD Dr. Caspar vom Wissenschaftlichen Dienst des Landtages zu seiner Wahl zum Hamburger Datenschutzbeauftragten. Außerdem berichtet er über ein Telefonat mit M Dr. Trauernicht zum Thema Schweinegrippe, in dem diese ihn gebeten habe, dem Ausschuss mitzuteilen, dass es zurzeit keinen Anlass zur Besorgnis in Schleswig-Holstein gebe. Die Situation sei unter Kontrolle. Außerdem habe sie ihre Bereitschaft erklärt, dem Ausschuss auf Wunsch gern Näheres zu berichten und für heute Nachmittag eine Pressemitteilung zu diesem Thema angekündigt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Wahlgesetzes für den Landtag von Schleswig-Holstein (Landeswahlgesetz - LWahlG)

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2152

(überwiesen am 16. Juli 2008 an den Innen- und Rechtsausschuss)

hierzu: Umdrucke 16/3636, 16/3642, 16/3643, 16/3646, 16/3732, 16/3736,
16/3775, 16/3780, 16/3781

Abg. Puls bittet um eine weitere Vertagung der Beratungen zum Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Änderung des Landeswahlgesetzes, Drucksache 16/2152, auf die Sitzung des Ausschusses am 3. Juni 2009, da innerhalb der SPD-Fraktion noch Beratungsbedarf bestehe. - Der Ausschuss stimmt diesem Verfahrensvorschlag zu.

b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Wahlen in den Gemeinden und Kreisen in Schleswig-Holstein (Gemeinde- und Kreiswahlgesetz - GKWG -)

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2201

(überwiesen am 11. September 2008 an den Innen- und Rechtsausschuss)

hierzu: Umdrucke 16/3636, 16/3642, 16/3643, 16/3646, 16/3732, 16/3736,
16/3775, 16/3780, 16/3781, 16/3961

c) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2261

Änderungsantrag der Fraktion der FDP
Umdruck 16/3617

(überwiesen am 8. Oktober 2008 an den Innen- und Rechtsausschuss)

hierzu: Umdrucke 16/3617, 16/3636, 16/3642, 16/3643, 16/3646, 16/3732,
16/3736, 16/3775, 16/3780, 16/3781

Der Ausschuss stimmt außerdem dem Verfahrensvorschlag von Abg. Puls zu, die Beratungen zum Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Änderung des Gemeinde- und Kreiswahlgesetzes, Drucksache 16/2201, und zum Gesetzentwurf der Fraktion der FDP zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften, Drucksache 16/2261, auf die zweite Jahreshälfte zu vertagen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zum Zwölften Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/2406

(überwiesen am 26. Februar 2009 an den Innen- und Rechtsausschuss)

hierzu: Umdrucke 16/4102, 16/4104, 16/4129, 16/4197, 16/4203, 16/4212,
16/4214, 16/4223, 16/4224, 16/4225, 16/4228, 16/4230,
16/4242

Abg. Eichstädt stellt fest, dass die schon in der Plenardebatte zum Teil geäußerten Kritikpunkte an dem Gesetzentwurf der Landesregierung auch in der durchgeführten schriftlichen Anhörung bestätigt worden seien. Da aufgrund der Natur von Staatsverträgen ein Landtag ihnen nur insgesamt zustimmen oder diese komplett ablehnen könne, sei die SPD-Fraktion zu der Auffassung gelangt, dass man dem Staatsvertrag im Ergebnis trotzdem zustimmen sollte, da insbesondere europarechtliche weitreichende Folgen bei einer Ablehnung zu erwarten seien.

Abg. Heinold kündigt an, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Staatsvertrag aus den schon in der Plenardebatte geäußerten Gründen ablehnen werde.

In der anschließenden Abstimmung empfiehlt der Ausschuss mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimme der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Enthaltung der Stimme der Fraktion der FDP dem Landtag die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs der Landesregierung zum Zwölften Rundfunkänderungsstaatsvertrag, Drucksache 16/2406.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesentwicklungsgrundsatzgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2302

(überwiesen am 13. November 2008 an den Innen- und Rechtsausschuss)

hierzu: Umdruck 16/4036

Die Ausschussmitglieder kommen überein, über den Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Änderung des Landesentwicklungsgrundsatzgesetzes, Drucksache 16/2302, im Zusammenhang mit der Auswertung der durchgeführten Anhörungen zum Entwurf eines Landesentwicklungsplans für das Land Schleswig-Holstein 2009 zu beraten.

Der Ausschussvorsitzende stellt das Einvernehmen der Ausschussmitglieder darüber fest, dass die Auswertung der Anhörungen von den Fraktionen selbstständig vorgenommen wird. Die Ausschussmitglieder legen außerdem fest, eine Verabschiedung der im Zusammenhang mit dem Landesentwicklungsplan im Ausschuss anhängigen Vorlagen zum September-Plenum anzustreben.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Aufhebung des Runderlasses zum Landesentwicklungsplan

Antrag der Fraktion der FDP

Drucksache 16/2483

(überwiesen am 25. Februar 2009 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Umwelt- und Agrarausschuss)

Abg. Puls schlägt vor, auch den Antrag der Fraktion der FDP, Aufhebung des Runderlasses zum Landesentwicklungsplan, Drucksache 16/2483, zusammen mit den übrigen Vorlagen im Zusammenhang mit dem Landesentwicklungsplan zu beraten, es sei denn, der Antragsteller könne seinen Antrag heute schon für erledigt erklären. - Abg. Kubicki erklärt, die antragstellende Fraktion der FDP werde ihren Antrag zur Aufhebung des Runderlasses zum Landesentwicklungsplan, Drucksache 16/2483, nicht für erledigt erklären.

Der Ausschuss beschließt entsprechend des Vorschlags von Abg. Puls, die Beratungen zum Antrag der Fraktion der FDP zunächst zurückzustellen und im Zusammenhang mit der Auswertung der Anhörungen zum Entwurf eines Landesentwicklungsplans für das Land Schleswig-Holstein 2009 fortzusetzen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Antrag auf Durchführung eines Volksbegehrens der Initiative für die Erhaltung der Realschule - Entscheidung über die Zulässigkeit

Umdruck 16/4198

Der Ausschuss stellt fest, dass der Wissenschaftliche Dienst des Landtages die formalen Voraussetzungen des Antrages geprüft hat.

Einstimmig empfiehlt er dem Landtag festzustellen, dass der Antrag der Initiative für die Erhaltung der Realschule auf Durchführung eines Volksbegehrens zulässig ist.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Terminplanung für das zweite Halbjahr 2009

Umdrucke 16/4200, 16/4238

Auf Wunsch der CDU-Fraktion wird der im Entwurf Umdruck 16/4200 (neu), vorgesehene Termin am 5. November 2009 gestrichen. Die Ausschussmitglieder legen dementsprechend fest, die Sitzungstermine für das zweite Halbjahr entsprechend der Vorlage Umdruck 16/4238 vorzusehen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der Ausschuss bittet den Bildungsausschuss, ihn an seiner mündlichen Anhörung zum Gesetzentwurf zur Änderung des Denkmalschutzgesetzes, Drucksachen 16/1380 (neu) und 16/2248, am 20. Mai 2009, 9:30 Uhr, zu beteiligen.

Er bestätigt als Termin für die vorgesehene Sitzung mit dem Schwerpunkt Jugendkriminalität und Jugendgewalt den 13. Mai 2009. Der Vorsitzende, Abg. Kalinka, berichtet, dass der Bildungsausschuss und der Sozialausschuss darum gebeten hätten, nachrichtlich zu dieser Sitzung eingeladen zu werden, dass jedoch keine gemeinsame Sitzung stattfinden solle.

Der Vorsitzende, Abg. Kalinka, schließt die Sitzung um 14:20 Uhr.

gez. Werner Kalinka
Vorsitzender

gez. Dörte Schönfelder
Geschäfts- und Protokollführerin